



Kurzinformation

Präsidentenwahlen in Venezuela im Mai 2018

Am 20. Mai 2018 wurde Nicolás Maduro zum zweiten Mal zum Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela gewählt. Die Wahl wurde von zahlreichen Regierungen, darunter auch der deutschen, internationalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von der Opposition Venezuelas stark kritisiert. Viele Oppositionspolitiker waren von der Regierung von den Wahlen ausgeschlossen worden, weshalb die Opposition die Wahlen boykottierte. Maduro hatte den drei wichtigsten Oppositionsparteien bereits 2017 die Teilnahme an den Wahlen verboten, nachdem diese zuvor die Kommunalwahlen boykottiert hatten. Im Juli 2017 setzte Maduro eine sogenannte verfassungsgebende Versammlung als Ersatz für das gewählte Parlament ein. Diese wird von den Oppositionsparteien als illegitim und verfassungswidrig angesehen.¹

Die Bedingungen, unter denen die Wahlen im Mai 2018 stattfanden, wurden bereits im Vorfeld von vielen Staaten und auch der EU als so offenkundig unfrei charakterisiert, dass auf die Entsendung von Wahlbeobachtern verzichtet wurde. Auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sprach sich in einer Resolution für eine Verschiebung der Wahlen aus, um dadurch freie, faire, transparente, legitime und glaubwürdige Wahlen zu ermöglichen.² Der damalige UN-Hochkommissar für Menschenrechte wies auf glaubwürdige Berichte über außergerichtliche Hinrichtungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hin, weshalb er die Minimalbedingungen für freie und faire Wahlen als „nicht im entferntesten erfüllt“ ansah.³ Zahlreiche lateinamerikanische Staaten kündigten bereits vor der Wahl an, das Ergebnis wegen der aus ihrer Sicht erwiesenen demokratischen Mängel nicht anzuerkennen. Einen Überblick

¹ Maduro: „Ab heute verschwinden sie vollkommen“, FAZ am 11. Dezember 2017, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/venezuela-maduro-schliesst-opposition-von-wahl-2018-aus-15335052.html> (zuletzt abgerufen am 28. März 2019).

² OAS, Res. CP/RES. 1095 (2145/18), http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-004/18 (zuletzt abgerufen am 28. März 2019).

³ Reuters, U.N. seeks inquiry into killings in Venezuela, says poll not credible, 7. März 2018, <https://www.reuters.com/article/us-venezuela-election-rights/u-n-seeks-inquiry-into-killings-in-venezuela-says-poll-not-credible-idUSKCN1GJ17C> (zuletzt abgerufen am 28. März 2019).

über die Geschehnisse und ihre Hintergründe bietet die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Artikel **Präsidentenwahl in Venezuela** vom 20. Mai 2018.⁴

In vielen Äußerungen venezolanischer und nichtvenezolanischer Politiker und Kommentatoren wird Maduro als Diktator bzw. Venezuela unter Maduro als Diktatur bezeichnet.⁵ Dieser Begriff wird in der Politikwissenschaft jedoch nicht einheitlich definiert und lässt sich überdies schwer von anderen Formen der monopolisierten Herrschaft abgrenzen. Die Frage, ob es statthaft sei, Venezuela als Diktatur zu bezeichnen, ist vorrangig politischer Natur.

* * *

⁴ Bundeszentrale für politische Bildung, Präsidentenwahl in Venezuela, 20. Mai 2018, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/269419/praesidentschaftswahl-in-venezuela> (zuletzt abgerufen am 28. März 2019).

⁵ Siehe als Beispiele aus Venezuela sowie Deutschland: "Maduro ist ein Diktator" - Guaidó will nicht mit Staatschef verhandeln, Spiegel Online am 1. Februar 2019, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/venezuela-juan-guaido-schliesst-verhandlungen-mit-nicolas-maduro-aus-a-1251061.html> (zuletzt abgerufen am 28. März 2019); siehe auch Martin Rosemann: „Unterstützung für Diktator Maduro ist völlig inakzeptabel.“, Pressemitteilung von Martin Rosemann, MDB, am 27. Februar 2019, <http://www.martin-rosemann.de/martin-rosemann-unterstuetzung-fuer-diktator-maduro-ist-voellig-inakzeptabel> (zuletzt abgerufen am 28. März 2019).